



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Ehinger

Telefon: (0221) 0221/221-29580

Fax: (0221) 0221/221-29166

E-Mail: Simone.Ehinger@STADT-
KOELN.DE

Datum: 02.10.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 11.09.2017, 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Jaklin Chatschadorian	CI
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	Mevlana
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Ibrahim Toure	LiL
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertretung
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit

Frau Monika Kuntze Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Claus-Ulrich Pröß Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite FDP Vertretung von Frau Katja Hoyer
Herr Igor Dementyev Einheit Vertretung von Frau Stella Shcherbatova
Frau Monika Möller SPD Vertretung von Herrn Malik Karaman
Frau Walburga Schürmann TSD Vertretung von Herrn Turan Özküçük

Verwaltung

Frau Ursula Adams Verwaltung - Amt für Wohnungswesen (562)
Frau Simone Ehinger Verwaltung - Sitzungsdienst Integrationsrat (5001/1)

Frau Karola Hildebrandt Verwaltung - Amt für Stadtentwicklung und Statistik (152/1)
Frau Susanne Kremer-Buttkereit Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau Verwaltung - Beigeordneter Dezernat V
Frau Nina Rehberg Verwaltung - Diversity (5001)
Herr Andreas Vetter Verwaltung - Geschäftsführung des Integrationsrates (5001/1)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek TSD Entschuldigt!
Frau Ebru Coban KL
Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN
Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN
Frau Vilma Ecken LiL Ausgeschieden!
Herr Ahmad El Masri BIG
Herr Ali Esen LB Entschuldigt!
Herr Turan Özküçük TSD Vertreten durch Frau Walburga Schürmann
Frau Stella Shcherbatova Einheit Vertretung durch Herrn Igor Dementyev
Herr Silvio Vallecoccia Italiani per Colonia Entschuldigt!
Herr Malik Karaman SPD Vertretung durch Frau Möller!
Frau Monika Schultes SPD
Frau Katja Hoyer FDP Vertreten durch Herrn Ulrich Breite!

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Saskia Dieke Arbeitgeberverband Kölnmetall

Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

Verwaltung

Herr Stefan Schwamborn	Verwaltung - Flüchtlingskoordination (OB/6) Vertretung durch Frau Werning-Gyoerkoe	Vertre-
------------------------	---	---------

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass der Vorsitzende Herr Kelttek urlaubsbedingt abwesend ist.

Er begrüßt Herrn Dr. Fuchs, der als Vertreter von DOMiD e. V. anwesend ist und die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zu einem zentralen Migrationsmuseum vorstellen wird.

Weiter begrüßt er die neuen Bildungskoordinatoren der Stadt Köln Franziska Kemper, Elcin Ekinici und Dr. Andres Felipe Otalvaro und weist auf die Mitteilung unter 5.17 zum Thema Bildungskoordination hin.

Er macht weiter auf den Flyer zur Bundestagswahl des Integrationsrates aufmerksam, der als Tischvorlage vorliege. Er bittet die Anwesenden, die Flyer zu verteilen, z. B. an Wahlkampf-Ständen.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis erinnert weiter an die Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl am 14.09.2017, zu der die Einladungen bereits per E-Mail versandt worden seien. Er bittet auch hier um Weitergabe bzw. zahlreiches Erscheinen der Mitglieder.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit informiert über die Ergebnisse der jährlich stattfindenden Konferenz Interkulturelles Köln. Diese hatte die Ergebnisse der Studie „Impulse für Innovationen in der Integrations- und Migrationsarbeit“ zum Gegenstand. Die entsprechenden Handlungsfelder wurden auf der Konferenz im Jahr 2016 näher bestimmt. Auf Anforderung werde die Langfassung oder auch die Zusammenfassung (ca. 40 Seiten) gerne zur Verfügung gestellt. Die Dokumente seien in Kürze auch über die KI-Köln-Seite als Download erhältlich. Die konkreten Ergebnisse der Konferenz werden in einer der folgenden Sitzungen vorgestellt.

Sodann verliest der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis die Tagesordnungspunkte, die nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen wurden:

- 3.6 Anfragen aus dem Integrationsrat zu Ressourcen für Kitas im Bereich mehrsprachige Förderung
- 5.15 Mitteilung: 16. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
- 5.16 Mitteilung Teilnahme der Stadt Köln am Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung"
- 5.17 Start des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
- 8.11 Beschlussvorlage Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017
- 8.12 Beschlussvorlage Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017

Er schlägt vor, folgende TOP's zusammen zu behandeln:

Die Mitteilung zu TOP 5.1 sollte mit Mitteilung 5.13 zusammenbehandelt werden.

Die Mitteilung zu TOP 5.6 sollte mit Beschlussvorlage 8.6. behandelt werden.

IRM Herr Joisten bittet darum, den Antrag unter 6.1 aufgrund von benötigtem Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt hierüber abstimmen. Die Verlegung wird einstimmig beschlossen.

Sodann lässt er über die geänderte Tagesordnung als Ganzes abstimmen. Diese wird ebenso einstimmig beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Machbarkeitsstudie zu einem zentralen Migrationsmuseum von Herrn Fuchs/DOMiD

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Beantwortung einer Anfrage: Mahnmale bzw. Grabstätten der gefallenen sowjetischen Soldaten und Kriegsgefangenen auf den Kölner Friedhöfen; Anfrage nach § 4 der GeschO des Rates (AN/0468/2017)
1888/2017
 - 3.2 Beantwortung der mündlichen Nachfrage: Mitteilung 1363/2017 VHS Köln als Beratungsstelle für Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen aus der Sitzung vom 19.06.2017
2416/2017
 - 3.3 Beantwortung der Verwaltung zu Nachfragen aus dem Integrationsrat vom 20.03.2017 bzw. 19.06.2017 zu den Themen „Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln“ und „Unterbringung und Integration von Flüchtlingen“
2172/2017
 - 3.4 Beantwortung einer mdl. Nachfrage zur aktuellen Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche
2654/2017
 - 3.5 Beantwortung mehrerer Anfragen aus der Sitzung zum Thema Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern vom 20.03.2017 (5.13 Versorgung traumatisierter unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) 0681/2017) und vom 25.04.2017
2048/2017

3.6 Beantwortung der Anfragen aus dem Integrationsrat zur Vorlage 4357 / 2016
"Ressourcen für KITAS im Bereich mehrsprachige Förderung"
2606/2017

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zur Situation des Hauses Bergisch-Gladbacher Str. 93 sowie dessen
Bewohner_innen
AN/1231/2017

5 Mitteilungen

5.1 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentati-
on
1853/2017

5.2 Darstellung der Sparten
hier: Szenebericht Literatur
1932/2017

5.3 Schulformwechsel zum SJ 2015/16 und Abgänge 2015
0907/2017

5.4 Beantwortung der Anfrage AN/0969/2017 - Turnhallenbelegung in Zukunft
vermeiden im Sozialausschuss
2029/2017

5.5 Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung? SPD-Anfrage
AN/0940/2017

Beantwortung der Anfrage AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut
die Stadtverwaltung
2068/2017

Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des STEA v. 06.07.17 zur Be-
antwortung der Anfrage 2068/2017 zur Vorlage "Problemimmobilien in Köln -
was tut die Stadtverwaltung (AN/0940/2017)"
2489/2017

5.6 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Detjen in der Sitzung des
Ausschusses für Soziales und Senioren am 27.04.2017 zu TOP 4.1 Verteilung
der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017
1703/2017

5.7 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2016
2286/2017

- 5.8 Handlungsbedarf zur Schaffung von Jugendeinrichtungen und Jugendtreffs
2017-2021
2177/2017
- 5.9 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2017
2500/2017
- 5.10 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"
2561/2017
- 5.11 Erledigung des Antrags: Prüfauftrag des Integrationsrates vom 13.06.2016
bzgl. Unterbringung von Flüchtlingen
1952/2017
- 5.12 Überprüfung von Kosteneinsparungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
1958/2017
- 5.13 „Rucksack“ - ein Programm zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung;
Sachstand zur Finanzierung der Gruppen aus dem Programmgebiet
„Mülheim 2020“
2612/2017
- 5.14 Verfahren zur Vergabe der Fördermittel für Interkulturelle Kunstprojekte - Beschluss des Ausschusses Kunst und Kultur
2601/2017
- 5.15 16. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
2696/2017
- 5.16 Teilnahme der Stadt Köln am Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
2684/2017
- 5.17 Start des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
2619/2017
- 6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 6.1 Verpflichtende Teilnahme der Integrationsratsmitglieder an einem Antirassismus-Programm
AN/1050/2017

7 Berichte

- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

- 8.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51063 Köln Mülheim und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft
1661/2017
- 8.2 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Baubeschluss
2465/2016
- 8.3 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft
2267/2017
- 8.4 Anerkennung des Vereins Interkultur e.V. als Interkulturelles Zentrum nach den Richtlinien zur Förderung Interkultureller Zentren in der Stadt Köln vom 27.10.2007
2494/2017
- 8.5 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung
1708/2017
- 8.6 Verteilung verbleibender Mittel zur Förderung Interkultureller Zentren in 2017
2492/2017
- 8.7 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung
4096/2016
- 8.8 Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung für 2018 einschließlich der Finanzplanung bis 2021 und der sonstigen Anlagen
2463/2017
- 8.9 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"
2481/2017

- 8.10 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk"
2488/2017
- 8.11 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017
1422/2017
- 8.12 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
2422/2017
- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Machbarkeitsstudie zu einem zentralen Migrationsmuseum von Herrn Fuchs/DOMiD

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis nimmt Bezug auf die Sitzung des Integrationsrates vom 27.04.2015, in der folgender Beschluss gefasst wurde:

„Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Köln die Verwaltung zu beauftragen, eine Unterstützung für die Ansiedlung des geplanten ‚Zentralen Migrationsmuseums in Deutschland‘ des DOMiD (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V.) im Stadtgebiet Köln zu prüfen. Zu diesem Zweck soll die Verwaltung gebeten werden, entsprechende Gespräche mit Bund und Land aufzunehmen, um eine Finanzierung sicherzustellen. Ferner soll die Verwaltung Überlegungen zu einem möglichen Standort anstellen und die anstehenden städtischen Neubauprojekte dahingehend prüfen, ob in diesen ein Migrationsmuseum integriert werden kann, wobei eine möglichst zentrale Lage angestrebt wird.“

Der Rat fasste daraufhin in seiner Sitzung am 12.11.2015 folgenden Beschluss:

„Der Rat begrüßt die vorliegende Initiative des Integrationsrates. Der Integrationsrat wird gebeten, das Ergebnis der von DomiD beauftragten Machbarkeitsstudie unmittelbar nach Veröffentlichung zu beraten und dem Rat eine Empfehlung auszusprechen. Mit dieser Empfehlung wird sich der Rat dann unmittelbar befassen.“

Herr Dr. Fuchs bedankt sich für die Einladung und weist auf die als Tischvorlage ausgelegte Broschüre zu den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie sowie sein Handout zum Vortrag hin.

Er erläutert kurz, dass DOMiD mit Unterstützung des Landes NRW sowie der Stadt Köln zwischenzeitlich zum zentralen Akteur im Feld der Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft geworden sei, man verfüge über mehr als 150.000 Exponate. Darunter seien wichtige Bestände wie das Durchgangslager Unna-Massen oder die Cap Anamur als altersgeschichtliche Zeugnisse, die die Einwanderung nach Deutschland seit 1945 in vielfältiger Art und Weise belegten. Mit Hilfe der Schirmherrin Rita Süßmuth sei man dem Vereinsziel, der Erschaffung eines zentralen Migrationsmuseums, näher gekommen. Die durch das Land NRW sowie die NRW Stiftung finanzierte Machbarkeitsstudie sei ein Baustein herbei gewesen.

Die Ergebnisse ließen sich wie folgt zusammenfassen:

Zu Beginn der Studie werde die Frage gestellt, ob ein zentrales Migrationsmuseum überhaupt gebraucht werde. Nach einer Bestandsanalyse der deutschen Museumslandschaft werde diese Frage mit Ja beantwortet. Das Thema Migration brauche eine Heimat, in der sie dargestellt werden könne. Die Studie komme jedoch auch zu dem Schluss, dass ein solches Haus mehr sein müsse als ein herkömmliches Museum, um den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Wissensvermittlung über Form und Gruppen der Migration sowie Abbau von Vorurteilen stehe im Vordergrund. Ebenso wichtig sei es, dass das Haus eine repräsentative Funktion habe, also verdeutliche, dass wir in einer Einwanderungsgesellschaft lebten. Es gehe um Sichtbarmachung und Anerkennung von Eingewanderten und ihrer Nachfahren. Es solle aber auch eine Entdramatisierung von Migration vermittelt werden und zeigen, dass Migration der historische Normalfall sei.

Es müssten Impulse gegeben werden für ein multiperspektivisches Geschichtsnarrativ, d. h. ein Geschichtsnarrativ, welches möglichst vielen Personen in der Bevölkerung Anknüpfungspunkte an die gemeinsame Geschichte gebe, um somit auch die Dichotomie zwischen „die Ausländer“ und „wir Deutschen“ aufzulösen. Das Haus müsse als offenes Haus gestaltet sein, in dem ein Austausch möglich sei. Auch Themen wie Rassismus und soziale Beteiligung müssten zwingend behandelt werden. Wichtig sei auch das Thema Partizipation.

Inhaltlich habe die Gegenwart einen höheren Stellenwert als die Vergangenheit. Der Blick liege auf der Frage, wie man als Gesellschaft zusammen lebe und wie diese Gesellschaft seit 1945 von Migration geprägt worden sei. Fragen, wie man in Zukunft zusammen leben wolle, knüpften sich hieran an. Es werde kein Museum für Migranten oder Einwanderer sein, sondern ein Ort für die gesamte Gesellschaft.

Das zentrale Migrationsmuseum gehe bei der Zusammenführung der Felder Migration und Gesellschaft nicht chronologisch vor, wie in Museen üblich, sondern thematisiere Begriffe, die in der Gegenwart eine prägende Rolle hätten, wie z. B. Fremdheit, Nation, Identität. Diese Begriffe sollten in sog. Konzepträumen durch moderne Vermittlungstechniken erlebbar gemacht werden. Beispiele zur Umsetzung fänden sich in der Broschüre. Hierdurch würden die Besucher*innen zur Partizipation eingeladen. Auch könne Geschichte hierdurch multiperspektivisch und nachvollziehbar erzählt werden. Alle Teile der Bevölkerung sollten die Möglichkeit einer Teilhabe an der bislang „deutschen Geschichte“ erhalten für eine gemeinsame Verbundenheit. Dieser Erinnerungs- und Teilhabefaktor komme in der Integrationsdebatte häufig zu kurz. Unter multiperspektivisch verstehe man, dass auch thematisiert werde, wie Kinder italienischer Einwanderer das deutsche Sommermärchen erlebten oder Kinder türkeistämmiger Einwanderer seinerzeit die Wiedereinigung. Hierüber werde das o. g. Ziel, die Dichotomie „wir Ausländer“ und „die Deutschen“ aufgelöst.

Zu den Kosten sei folgendes zu sagen: Aufgrund der vorliegenden Relevanz des Themas Integration in der Gegenwart und mindestens auch der näheren Zukunft sei ein sog. A-Museum angebracht. Die Studie beziffere den Aufbau eines solchen Hauses mit ca. 40 Mio. € ohne Grundstück. Hinzu kämen für die Aufbauphase 4 Mio. €. Die laufenden Kosten seien abhängig vom Eintrittspreis, hier skizziere die Studie verschiedene Szenarien. Empfohlen werde nach Abwägung ein Preis von 4,70 € für die Durchschnitts-Eintrittskarte, in diesem Falle gehe man in der Folge von laufenden Kosten in Höhe von 2 Mio. € aus. Zur Finanzierung werde empfohlen, die Kosten auf mehrere Schultern zu verteilen und neben Stiftungsgeldern und Privatvermögen vor allem den Bund zu involvieren. Der Standort solle aufgrund der bereits erwähnten Relevanz nicht in der Peripherie liegen, sondern möglichst zentral sein, nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb einer Kommune. Zwei Standorte innerhalb Kölns seien geprüft worden: für einen Standort mit einem Gebäude wurde der Ebertplatz in den Blick genommen und für eine dezentrale Lösung als Parkanlage der Bereich des Mülheimer Hafens. Herr Dr. Fuchs weist darauf hin, dass dies keine Wunschstandorte für DOMiD seien, sondern Beispielstandorte, um Realisierungsbedingungen durchzuspielen. Es sei mit einem Besuchervolumen von 390.000 im Falle des Ebertplatzes und von 330.000 beim Mülheimer Hafen zu rechnen. Auch wurde die Vision einer Realisierung in Brückenform thematisiert, es erfolgte jedoch keine Prüfung.

Seitens DOMiD werde das Projekt als überparteilich angesehen. Herr Dr. Fuchs teilt mit, dass man mit unterschiedlichen Parteien auf Bundesebene in Kontakt stehe. Ziel sei die Aufnahme in die Koalitionsvereinbarungen sowie in den Bundeshaushalt. Das Projekt konnte im Bundespräsidialamt und im Kanzleramt vorgestellt werden. Als Unterstützung wurde bereits eine 50%ige Kostenübernahme durch den Bund in Aussicht

gestellt. Die neue Landesregierung habe das Projekt in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Auf Stadtebene wurde das Projekt in diversen Gremien vorgestellt. Es habe sich in der Stadt ein Unterstützerkreis gefunden, der sich für eine Stiftungsgründung einsetze und das Haus in Köln positionieren möchte. Die Stiftungsgründung stehe kurz bevor. Die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer sowie die Gewerkschaften stünden dem Vorhaben positiv gegenüber. Für DOMiD sei die Art der Ausgestaltung (Solitär, Park oder Brücke) zunächst zweitrangig. Köln als Millionenstadt werde jedoch aufgrund der 2.000-jährigen Stadtgeschichte, die stark mit Migration verknüpft sei, sowie der Gegenwart der Stadt als Idealstandort angesehen. Für die Stadtgesellschaft entstünde ein Ort der Begegnung.

Wenn Köln der Standort wäre, an dem die Leistung und die Teilhabe der Einwanderer sowie ihrer Nachfahren gewürdigt werde und gleichzeitig Migration als Normalfall gewürdigt werde, werde dies direkte Auswirkungen in die gesamte Stadtgesellschaft haben. Die Stadt könne sich nach innen und außen als innovativ präsentieren und das Thema Migration insgesamt positiv besetzen. Köln bekäme nicht nur bundes- sondern voraussichtlich auch weltweite Aufmerksamkeit. Inhaltlich vergleichbare Häuser existierten in New York, Paris oder Melbourne und seien Besuchermagneten. Viele Akteure hätten bereits Unterstützung signalisiert. Herr Dr. Fuchs bittet den Integrationsrat um ein positives Signal an den Rat der Stadt Köln.

Es schließen sich folgende Nachfragen an:

RM Frau Sommer bedankt sich für den Vortrag und möchte wissen, ob die laufenden Kosten aus den Eintrittsgeldern bestritten werden sollten.

IRM Frau Chatschadorian fragt, inwieweit Rassismus, der von Migranten ausgehe, Berücksichtigung finde.

RM Herr Joisten erkundigt sich, wie hoch der Gesamtzuschuss-Bedarf ist, der zur Durchführung erforderlich sei und wie eine Kostenverteilung aussehen könnte. Er spricht sich für einen zentralen Standort aus und fragt, ob es weitere Standortvorschläge gebe.

Herr Dr. Fuchs teilt mit, dass die Studie vier Optionen durchrechne, wie hoch der Eigenanteil sein könne. Dieser könne durch Eintrittspreise, die Vermietung von Räumlichkeiten, die Führung eines Shops o. ä. variabel sein. Der genannte Eintrittspreis von 4,70 € sei jedoch kalkuliert worden, um das Haus einer möglichst breiten Bevölkerung zugänglich zu machen und keine entsprechenden Hürden in Form von höheren Eintrittspreisen zu errichten. So ergebe sich der Zuschuss-Bedarf von ca. 2 Mio. €, der über andere Mittel gedeckt werden müsse.

Die Frage nach der Berücksichtigung von Rassismus, der von Migranten ausgehe, beantwortet er mit Ja. Auch diese Form des Rassismus müsse als zentrales Element behandelt werden.

Er stimmt Herrn RM Joisten zu, dass ein Standort in der Peripherie unglücklich wäre. Der Standort Ebertplatz biete sich tatsächlich an, sowohl verkehrstechnisch als auch im Hinblick auf die Nähe zur Grünfläche am Theodor-Heuss-Ring, diese Frage solle jedoch auch im Rat thematisiert werden und gemeinsam mit DOMiD eine Standortentscheidung getroffen werden.

IRM Frau Tokyürek erkundigt sich, wer bei der Stiftungsgründung unmittelbar beteiligt ist und welche Ansätze gewählt werden, um nicht nur Migranten als Besucher*innen anzusprechen, sondern auch die deutsche Bevölkerung.

IRM Frau Brunelli fragt, ob das Thema Migration nur aus deutscher Perspektive betrachtet werde oder auch aus europäischer.

IRM Frau Giurano möchte ebenfalls wissen, wer im Stiftungsrat sitzen wird.

IRM Herr Abeke fragt, ob auch bereits Migrantenorganisationen oder Migranten als Einzelpersonen angesprochen wurden.

RM Herr Erkelenz erkundigt sich, wie groß die benötigten Flächen bzw. die Grundstücksgröße sein müsse.

Herr Dr. Fuchs teilt zum Stiftungsrat mit, dass Wissenschaftler aus dem Feld der Migrationsforschung aus Deutschland und Österreich involviert seien wie auch Personen, die im Bereich der Musealisierung der Migration tätig seien, konkrete Namen könne er jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht nennen.

Zur Auflösung der Dichotomie könne z. B. die Frage nach der eigenen Identität führen, die grundsätzlichen allen Besucher*innen gestellt werden könne.

Es sei geplant, Migrantenorganisationen mit einzubinden, um Synergieeffekte zu nutzen. Durch die Vereinsstruktur von DOMiD selbst seien bereits viele Migranten als Mitarbeiter*innen eingebunden.

Die benötigte Fläche benennt er mit ca. 3.600 m²-Ausstellungsfläche und 7.600 m² Verkehrsfläche. Eine genaue Aufschlüsselung des Flächenbedarfs ergebe sich aus der Studie.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis bedankt sich bei Herrn Dr. Fuchs, sagt eine Prüfung der Studie zu und teilt mit, dass das Vorhaben generell als positiv und unterstützenswert angesehen werde.

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

Es liegen keine relevanten Tagesordnungspunkte vor.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegen keine relevanten Tagesordnungspunkte vor.

3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Beantwortung einer Anfrage: Mahnmale bzw. Grabstätten der gefallenen sowjetischen Soldaten und Kriegsgefangenen auf den Kölner Friedhöfen; Anfrage nach § 4 der GeschO des Rates (AN/0468/2017) 1888/2017

IRM Herr Litvinov bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und lobt den Internetauftritt des NS-Dokumentationszentrums sowie die dort aufrufbare Datenbank, die über Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft sowie deren Grabstätten informiere.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Beantwortung der mündlichen Nachfrage: Mitteilung 1363/2017 VHS Köln als Beratungsstelle für Fachberatung zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen aus der Sitzung vom 19.06.2017 2416/2017

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**3.3 Beantwortung der Verwaltung zu Nachfragen aus dem Integrationsrat vom 20.03.2017 bzw. 19.06.2017 zu den Themen „Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln“ und „Unterbringung und Integration von Flüchtlingen“
2172/2017**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**3.4 Beantwortung einer mdl. Nachfrage zur aktuellen Situation der Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendliche
2654/2017**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**3.5 Beantwortung mehrerer Anfragen aus der Sitzung zum Thema Versorgung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern vom 20.03.2017 (5.13 Versorgung traumatisierter unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) 0681/2017) und vom 25.04.2017
2048/2017**

RM Frau Heuser bittet darum, Vorlagen, die Geflüchtete betreffen, auch in den Sozialausschuss zu geben.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, diese Vorgehensweise zukünftig berücksichtigen zu wollen.

IRM Herr Litvinov nimmt Bezug auf seine gestellte Nachfrage und teilt mit, er habe nicht gemeint, wie die Jugendämter das Alter der Geflüchteten feststellten, sondern wie die Ausländerbehörde und das BAMF hierbei vorgehen. Er merkt nochmals an, in diesem Zusammenhang nicht von „Bestand“ zu sprechen, sondern von „Kund*innen“ o. ä..

Die Verwaltung Herr Dr. Rau bedankt sich für die Anmerkung bzgl. der Formulierung „Bestand“ und stimmt zu, dass die Verwendung einer wertschätzenden Sprache wichtig sei.

Unter Bezug auf die genannte Zahl von 12 unter 18-Jährigen, die ein Rechtsmittel eingelegt hätten, teilt Herr Prölß mit, dass die Problematik darin bestehe, dass unter 18-Jährige eben weil sie minderjährig seien, keine Rechtsmittel einlegen könnten. Nicht jeder unter 18-Jährige habe einen Vormund. Zum Ergebnis der Verfahren sei festzustellen, dass in 25 % der Fälle dem Widerspruch abgeholfen wurde.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

**3.6 Beantwortung der Anfragen aus dem Integrationsrat zur Vorlage 4357 / 2016 "Ressourcen für Kitas im Bereich mehrsprachige Förderung"
2606/2017**

IRM Frau Brunelli fragt, ob die Eltern über den Elternbeirat der Kitas über die Förderangebote für eine bilinguale Ausrichtung der Kitas informiert wurden, da die Zahl der

vorliegenden 2 Anträge und 2 Anfragen sehr niedrig erscheine. Sofern diese Information noch nicht kommuniziert worden sein, bittet sie um Nachholung.

Weiter möchte sie wissen, ob die Module der alltagsintegrierten Sprachförderung nur für städtische Kitas zur Verfügung stünden oder ob auch nicht-städtische Kitas, die in Köln die Mehrheit darstellen, hiervon profitieren könnten.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zur Situation des Hauses Bergisch-Gladbacher Str. 93 sowie dessen Bewohner_innen AN/1231/2017

Es liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

IRM Herr Litvinov bittet die Verwaltung um ausführliche Beantwortung der Anfrage, wie auch unter TOP 5.5 Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung? geschehen.

5 Mitteilungen

5.1 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation 1853/2017

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis teilt nochmals mit, dass unter diesem Tagesordnungspunkt auch TOP 5.13 behandelt werde. TOP 5.13 stand auch im Jugendhilfeausschuss sowie im Ausschuss Soziales und Senioren auf der Tagesordnung. Er erkundigt sich, wie in diesen beiden Ausschüssen beraten wurde.

RM Frau Heuser teilt mit, dass im Ausschuss Soziales und Senioren festgestellt wurde, dass das Programm „Rucksack“ auslaufen werde, falls es nicht durch die Bewilligung der gestellten Anträge gefördert werde.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Darstellung der Sparten hier: Szenebericht Literatur 1932/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Schulformwechsel zum SJ 2015/16 und Abgänge 2015 0907/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.4 Beantwortung der Anfrage AN/0969/2017 - Turnhallenbelegung in Zukunft vermeiden im Sozialausschuss 2029/2017

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung? SPD-Anfrage AN/0940/2017

Beantwortung der Anfrage AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung 2068/2017

Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des STEA v. 06.07.17 zur Beantwortung der Anfrage 2068/2017 zur Vorlage "Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung (AN/0940/2017)" 2489/2017

RM Herr Joisten bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Verwaltung und merkt an, dass das Thema Vermittlung in Arbeit nochmals verstärkt verfolgen zu wollen. Zum Teil scheitere die Vermittlung auch an Förderrichtlinien bestimmter Programme. Er stellt fest, dass es sinnvoll wäre, seitens der Verwaltung der Politik nochmals aufzuzeigen, welche Handlungsstrategien es gebe, um die Hürden zu überwinden.

Er fragt, ob alle Handlungsspielräume, die das Wohnungsaufsichtsgesetz biete, ausgeschöpft würden. Das Wohnungsumfeld in den Sozialräumen sei schwierig, es gebe an mehreren Orten eine Rattenplage. Auch innerhalb der Wohnungen selbst sei die Situation zum Teil katastrophal, auch bedingt durch Überbelegungen.

RM Frau Tokyürek kritisiert, dass die Aufgabe der Integration schon längst zur kommunalen Aufgabe geworden sei, die jedoch vor allem über zeitlich begrenzte Projekte wie BONVENA o. ä. bewältigt werde, wie auch in der Beantwortung 2068/2017 beschrieben. Diese Vorgehensweise sei falsch. Wichtigstes Element sei der jedoch innerhalb der Integrationsbemühungen der Zugang zum Arbeitsmarkt. Es seien auch Fälle bekannt, in denen Menschen aus den Herkunftsländern Rumänien und Bulgarien ohne jegliche Kenntnisse über die Systeme über fingierte Verträge mit Dritten Sozialleistungsansprüche erwirkten und diese Sozialleistungen an diese Dritten abgeben müssten. Auch diesen Vorfällen müsse entgegen gewirkt werden.

RM Frau Möller bezieht sich auf die Beantwortung der Nachfragen aus dem Stadtentwicklungsausschuss und auf die Aussage, dass in Porz-Finkenbergl Mängel in 3 Fällen beseitigt wurden. Sie zeigt sich erstaunt über diese Aussage und teilt mit, dass sie fast wöchentlich Beschwerden von Mietern erhalte, welche Schäden in den Häusern bestünden, dass Aufzüge in Hochhäusern nicht funktionierten und auch nicht ohne weiteres wieder instandgesetzt würden. Auch würden Brandschutzauflagen nicht berücksichtigt. Sie geht davon aus, dass nicht alle Handlungsspielräume des Wohnungsaufsichtsgesetz ausgeschöpft würden.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass er die Missstände in den Objekten kenne. Er erwähnt auch das Problem der bestehenden Obdachlosigkeit dieser Herkunftsgruppen und informiert darüber, dass er eine Expertengruppe eingerichtet habe, in

denen einige der hier aufgeworfenen Fragen bearbeitet würden, u. a. die Frage, wie Menschen aus Osteuropa, die im Rahmen der Freizügigkeit nach Deutschland kämen, besser integriert werden könnten. Die Expertengruppe sei zu dem Ergebnis gekommen, dass eine kluge Mischung von repressiven und humanitären Maßnahmen erforderlich sei, um der gestiegenen Anzahl an Menschen eine menschenwürdige Unterbringung und auch Integration zu ermöglichen, ohne hierbei zu hohe Anreize für weiteren verstärkten Zuzug aus diesen Ländern zu setzen. Diese Maßnahmen würden derzeit erarbeitet.

Nach Auskunft des Amtes für Wohnungswesen werde allen Meldungen nachgegangen. Es bestünden jedoch rechtliche Grenzen für die Aktivitäten nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz. Für den Kölnberg, aber auch für andere Orte, brauche es Gesamtkonzepte. Er stellt fest, dass Köln wie viele andere Großstädte auch, ein begehrtes Zuziehziel sei, mit dem auch immer ein gewisses Maß von Elend verbunden sei. Genau deshalb seien die auszuarbeitenden humanitären, aber gleichzeitig auch abschreckenden Maßnahmen notwendig. Unterstützung sei von der Gesellschaft, aber auch von Seiten der Politik gefordert. Auch dem Sozialversicherungsbetrug müsse entgegen gewirkt werden.

RM Frau Heuser wirft die Frage auf, ab welchem Punkt Vermietern, die ihre Immobilie verwahrlosen ließen, sämtliche Rechte an dem Objekt entzogen werden könnten und ob Enteignung in diesem Falle möglich sei.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass dies keine gängige Praxis in Köln sei, alle Möglichkeiten seien jedoch noch nicht ausgeschöpft worden.

IRM Herr Bayrakcioglu schlägt vor, einen Hausmeisterservice für die einzelnen Objekte zu beauftragen.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis bittet darum, dass der Integrationsrat über die Arbeitsergebnisse der Expertengruppe, auch die Intensivierung der Vermittlungen in den Arbeitsmarkt sowie der Handlungsmöglichkeiten nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz, informiert werde.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, dass ab Oktober mit Zwischenberichten zu verschiedenen Themen zu rechnen sei und diese in den Integrationsrat gegeben würden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Detjen in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 27.04.2017 zu TOP 4.1 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2017 1703/2017

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit TOP 8.6 behandelt.

5.7 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2016 2286/2017

IRM Frau Maleki teilt mit, dass zu dieser Vorlage im Sozialausschuss angeregt wurde, das Alter der Frauen mit zu berücksichtigen. Beantwortet wurde diese Anregung damit, dass die Statistik beabsichtigt kurz und knapp gehalten sei, um mehr Zeit für Beratungen zu haben.

IRM Frau Giurano bemängelt, dass die Statistik noch immer Aussagen über die Nationalitäten mache. Diese Angaben hätten in diesem Zusammenhang keine Relevanz.

IRM Herr Bayrakcioglu vermutet, dass die Nationalitäten evtl. aus Gründen der Ursachenbekämpfung aufgenommen wurden. Beratende Sozialarbeiter*innen helfe die Angabe möglicherweise bei der kultursensiblen Unterstützung der Familie in der Beratung.

IRM Frau Giurano bezweifelt, dass diese Angaben zur Beratung selbst notwendig seien, es sei denn, es lägen sprachliche Probleme zugrunde.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.8 Handlungsbedarf zur Schaffung von Jugendeinrichtungen und Jugendtreffs 2017-2021 2177/2017

RM Herr Joisten fragt, welche der aufgeführten Einrichtungen in der aktuellen Haushaltsplanberatung berücksichtigt seien.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, diese Informationen schriftlich nachzureichen.

RM Herr Erkelenz stellt fest, dass die seinerzeit geschlossenen Jugendeinrichtungen nicht in der Auflistung zu finden seien. Er möchte wissen, ob dieser Entscheidung eine Bedarfsanalyse zugrunde liegt, die besagt, dass in den Gebieten, in denen die geschlossenen Einrichtungen lagen, kein Bedarf mehr bestehe. Er benennt als Beispiele die Jugendeinrichtungen in Langerich oder auch Klettenberg.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.9 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2017 2500/2017

RM Frau Tokyürek erkundigt sich, zu welchem Zeitpunkt und warum sich die Studierenden entschieden hätten, sich auf die kommunikativen, sozialen Barrieren zu konzentrieren und ob es bereits einen Zeitplan gebe, dass Projekt weiter voranzutreiben.

Die Verwaltung Frau Rehberg informiert darüber, dass sich die Studierenden zunächst auf die Barrierefreiheit in den einzelnen Einrichtungen konzentriert hätten. Im Verlaufe habe sich jedoch das Interesse auf die soziale Komponente gerichtet, da sich herausgestellt habe, dass nicht nur die Barrierefreiheit an sich problematisch sei, sondern vor allem die soziale Isolation die Integration behindere. Der Auftrag sei aber trotz alledem gewesen, die Barrierefreiheit der Einrichtungen insgesamt zu analysieren, weshalb das Projekt neu gestartet werde. Eine entsprechende Zeitschiene gebe es jedoch noch nicht.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis möchte wissen, ob die unterschiedlichen Behinderungen bzw. Einschränkungen innerhalb der analysierten Gruppe differenziert betrachtet wurden, da es von Behinderung zu Behinderung relativ große Unterschiede der Bedarfe gebe.

Die Verwaltung Frau Rehberg stimmt zu, dass die Gruppe der Menschen mit Behinderung keinesfalls homogen sei. Diese sehr unterschiedlichen Bedarfe werde man in dem Folgeprojekt verstärkt herausarbeiten, um jedem Einzelnen die größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.10 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW" 2561/2017

IRM Frau Tokyürek fragt, warum in den Unterarbeitsgruppen nur der AK Politik der Willkommensinitiativen und nicht weitere Migrantenorganisationen involviert waren.

Die Verwaltung Frau Werning-Gyoerkoe wird diese Frage an das Projektteam weiterleiten.

RM Herr Joisten erkundigt sich, ob auch die Binnenzuwanderung aus dem EU-Raum berücksichtigt wurde.

Die Verwaltung Frau Werning-Gyoerkoe teilt mit, dass die Zielgruppe Erwachsene im Alter von 18-25 Jahren seien. Die Unterarbeitsgruppen setzten sich aus den relevanten Fachdienststellen zusammen. Die von Herrn Joisten angesprochene Personengruppe sei hiervon nicht ausgeschlossen. Sie verweist auf die vollständigen Unterlagen zur Vorlage, die im Ratssystem zu finden seien.

RM Frau Heuser macht darauf aufmerksam, dass der Personenkreis insofern eingeschränkt sei, als dass sich das Projekt vorwiegend auf Menschen mit guter Bleibeperspektive beziehe.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.11 Erledigung des Antrags: Prüfauftrag des Integrationsrates vom 13.06.2016 bzgl. Unterbringung von Flüchtlingen 1952/2017

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.12 Überprüfung von Kosteneinsparungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten 1958/2017

RM Herr Yurtsever bittet um Aufschlüsselung des Verpflegungskosten-Betrages von 11,31 €. Er möchte konkret wissen, wie hoch die Verwaltungskosten hierbei seien. Auch möchte er wissen, ob der Aspekt der Kultursensibilität bei der Verpflegung beachtet werde.

Die Verwaltung Frau Werning-Gyoerkoe teilt nach Rücksprache mit der Verwaltung Frau Adams mit, dass in dieser Pauschale keine Verwaltungskosten enthalten seien, eine genaue Aufschlüsselung des Betrages könne sie jedoch ad hoc nicht liefern. Enthalten seien in diesem Tagesbetrag die Kosten für Speisen und Getränke. Die Verwaltung Frau Adams ergänzt, dass bei der Bestellung, die ein Caterer zuliefere, auf kultursensible Gerichte geachtet werde.

RM Frau Tokyürek erkundigt sich, ob es sich bei der Einsparmöglichkeit für unbegleitete minderjährige Ausländer auf Seite 3, das als Schlafangebot „Nachtkwartier“ bezeichnet wird, das bekannte Problem der Jugendlichen handele, die nicht in eine Einrichtung aufgenommen werden möchten. Weiter fragt sie, was mit den Jugendlichen, die nur diesen Schlafplatz angeboten bekämen, passiere bzw. wie diese weiter betreut würden.

Die Verwaltung Frau Adams informiert, dass niedrighschwelligere Angebote für diese Personengruppe geschaffen werden mussten, da sie für das übliche Angebot für Ju-

gendliche nicht zugänglich waren. Genaueres könne sie jedoch nicht sagen und weist an das Fachamt.

IRM Frau Chatschadorian möchte wissen, ob im Hinblick auf kultursensible Speisen generell auf Schweinefleisch verzichtet werde.

Die Verwaltung Frau Werning-Gyoerkoe bestätigt, dass das kultursensible Speiseangebot sich nicht nur auf Muslime beziehe, sondern auch auf die in den Unterkünften lebenden Christen. Das Speisenangebot sei unterschiedlich.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.13 „Rucksack“ - ein Programm zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung; Sachstand zur Finanzierung der Gruppen aus dem Programmgebiet „Mülheim 2020“
2612/2017**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits gemeinsam mit TOP 5.1 behandelt.

**5.14 Verfahren zur Vergabe der Fördermittel für Interkulturelle Kunstprojekte - Beschluss des Ausschusses Kunst und Kultur
2601/2017**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis informiert darüber, dass IRM Herr Öcküçük vor der Sitzung um Verlegung auf die nächste Sitzung gebeten hatte, da er zu dieser Sitzung verhindert sei.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Verlegung abstimmen.

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig auf die nächste Sitzung am 05.10.2017 verschoben.

**5.15 16. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
2696/2017**

IRM Herr Litvinov bedauert, dass seine Nachfragen aus der letzten Sitzung vom 19.06.2017 bzgl. Aussagen zu Abschiebungszahlen und geduldeten Personen nicht in den aktuellen Bericht aufgenommen wurden. Er konkretisiert seine Bitte nochmals dahingehend, dass die vorgenannten Informationen künftig in jedem Bericht beinhaltet sein sollten. Weiter regt er an, dass nicht aktuelle Sachverhalte wie die Einführung der Gesundheitskarte, die bereits im Frühjahr eingeführt wurde, zu späteren Zeitpunkten im dann aktuellen Bericht nicht mehr erwähnt werden, um den Umfang des Berichts zu verringern.

RM Herr Joisten stellt fest, dass es noch immer ein Ungleichgewicht in der Verteilung der Unterkünfte im Stadtgebiet gebe.

Er regt an, bei Kirchengemeinden anzufragen, ob entsprechendes Bauland zur Verfügung gestellt werden könne. Es seien bereits Nachfragen an die Spitzenvertreter der Kirchen (Erzbistum bzw. Stadtkirchenverband) gestellt worden, die jedoch ergebnislos blieben. Ihm sei aber mindestens eine Kirchengemeinde bekannt, die über mehrere in Frage kommende Grundstücke verfüge. Er bittet die Verwaltung, hier noch einmal anzusetzen, um der Ungleichverteilung entgegen zu wirken.

Herr Joisten möchte weiter wissen, wie mit den freigewordenen Objekten, bei denen es sich nicht um Turnhallen handele, umgegangen werde und ob Ressourcen vorgehalten würden für den Fall, dass die Zahlen der Geflüchteten wieder anstiegen.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau antwortet, dass die Verteilung in den Bezirken überwiegend gleich, ein Ungleichgewicht gleichwohl in den Stadtteilen existiere. Das Ziel sei, die Menschen in konventionellen Wohnungsbau unterzubringen. Die hierfür erforderlichen Flächen seien jedoch bekanntermaßen nicht in ausreichendem Umfang vorhanden.

Die Verwaltung Frau Adams ergänzt, dass das Wohnungsamt bereits in Kontakt mit Kirchengemeinden, aber auch mit der Caritas sowie der Diakonie stehe. Es sei ein Rundbrief an alle Kirchengemeinden in Vorbereitung. Der nächste Schritt sei, zu eruieren, welche der in Frage kommenden Grundstücke kurz- bis mittelfristig zu Bauland im Wege einer Umwidmung gemacht werden könnten. Fraglich sei auch, ob die Stadt in der Folge selber baue oder einen Investor hinzuziehe, ob die Grundstücke mit einer Erbpacht verbunden seien oder ob sie gekauft werden könnten.

RM Herr Joisten macht nochmals auf die von ihm bereits erwähnte Kirchengemeinde in Porz/Urbach bzw. Porz/Wahn aufmerksam. Diese Gemeinde könne Grundstücke anbieten, um eine Großunterkunft für mehr als 300 Personen entbehrlich zu machen.

Die Verwaltung Frau Adams teilt mit, dass die Grundstücke zunächst in Bauland umgewandelt werden müssten und sodann konventionelle Wohnbauten errichtet würden. Dies werde sich voraussichtlich Jahre hinziehen, so dass in der Zwischenzeit nicht auf diese Großunterkunft verzichtet werden könne, ggf. sei keine Vollbelegung erforderlich. Notunterkünfte, insbesondere die ohne oder mit wenig Privatsphäre, würden prioritär aufgelöst. Dies seien vor allem Leichtbauhallen. Prekäre Situationen gebe es auch in maroden Gebäuden, zu denen es heute auch einige Beschlussvorlagen gebe. Auch von teuren Unterkünften werde man sich sukzessive lösen, wenn die Flüchtlingszahlen dem nicht entgegenstünden. Sie kündigt eine entsprechende Konzeptionierung für die nächste Beratungsfolge an.

RM Herr Erkelenz erkundigt sich, ob es langfristige Verträge gebe, die die Stadt Köln beispielsweise an teure Unterkünfte wie Hotels binden würden.

Die Verwaltung Frau Adams antwortet, dass es üblicherweise keinen Vertrag zwischen den Hoteliers und der Stadt gebe. Nur vereinzelt gebe es vertragliche Grundlagen, in denen sich die Stadt gegenüber den Hoteliers auf die Zuweisung einer bestimmten Anzahl von Personen über ein Zeitraum von 1-2 Jahren festgelegt habe. Diese Verträge werde die Stadt einhalten. Mit den meisten Hoteliers gebe es eine Vereinbarung, dass die Stadt Personen, die unterzubringen seien, den Hotels zuweisen könne, diese sie bei freien Kontingenten untergebracht würden und die Beherbergungsverträge zwischen dem Hotel und den unterzubringenden Personen zustande kämen.

RM Herr Erkelenz spricht die Unterkünfte an, die unter Einsatz von hohem finanziellem Aufwand zur Unterbringung umgebaut wurden und fragt, wie hier die Laufzeiten seien.

Die Verwaltung Frau Adams betont nochmals, dass Verträge nur eingehalten werden müssten, wenn solche existierten. Sollte im Einzelfall eine Investition zugrunde liegen, sei diese Teil des unternehmerischen Risikos des Investors.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.16 Teilnahme der Stadt Köln am Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
2684/2017**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.17 Start des Projekts „Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“
2619/2017**

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis äußert nochmals seine Freude darüber, dass die Stellen der Bildungskordinatoren nunmehr besetzt seien und die wichtige Aufgabe der Bildungskoordination nun umgesetzt werden könne. Er bittet um regelmäßige Berichterstattung im Integrationsrat.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Verpflichtende Teilnahme der Integrationsratsmitglieder an einem Antirassismus-Programm
AN/1050/2017**

Dieser Antrag wurde auf die nächste Sitzung am 05.10.2017 verschoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

IRM Frau Maleki berichtet aus dem Ausschuss Soziales und Senioren. Sie nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage 2465/2016 zum Umbau eines Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Str. zu einer Flüchtlingsunterkunft. Sie habe im Sozialausschuss bemängelt, dass eine hohe Investitionssumme von 5,7 Mio. für den Umbau aufgebracht werden müsse und doch keine abgeschlossenen Wohneinheiten für die Bewohner*innen entstünden. Das Wohnungsamt habe argumentiert, dass es sich um ein Objekt im Gewerbegebiet handele, welches später wieder als Verwaltungsgebäude genutzt werden solle.

Die Vorlage zu präventiven Hausbesuchen sei auf die nächste Sitzung verschoben worden.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis bedankt sich für den Bericht.

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es liegt kein Bericht vor.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51063 Köln Mülheim und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft 1661/2017

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Rat beschließt, Planungen zum Abbruch des Bestandsgebäudes auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51163 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 117, sowie Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf diesem Grundstück aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Bodengutachten, Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Planungskosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung Entwurfsplanung) belaufen sich auf rd. 230.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 230.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 230.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5195, Neubau Schönrather Str. 7, bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung.

8.2 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Baubeschluss 2465/2016

RM Herr Joisten äußert lobend, dass mit der Umsetzung der Umwandlung des Verwaltungsgebäudes in Wohnraum nunmehr begonnen werde, die eine deutliche Verbesserung der Wohnsituation bedeute. Kritisch äußert er sich nur über die Option, den Baumarkt als „Reserve“ weiter vorzuhalten. Sollte eine erneute Belegung des Baumarktes als Notunterkunft stattfinden, käme eine Belegung von ca. 500 Geflüchteten an diesem Standort mit unmittelbarer Nähe zum Stadtteil Finkenbergring zustande. Er schlägt daher vor, die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen, um der Bezirksvertretung Porz die Möglichkeit eines Votums zu ermöglichen.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

8.3 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft 2267/2017

RM Herr Erkelenz empfiehlt, den Änderungsantrag der Bezirksvertretung Chorweiler in das Votum des Integrationsrates einzubeziehen. Es wurde beschlossen, die Unterkunft zu 60 % für Familien vorzuhalten und 40 % für sonstige Personen. Außerdem sei eine Kindertagesstätte zu errichten.

Die Verwaltung Frau Adams führt aus, dass diese Beschlussfassung der Planung nicht entgegenstehe.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über diese Vorlage unter Ergänzung der Beschlussfassung der Bezirksvertretung Chorweiler abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt unter Ergänzung der Beschlussfassung aus der Bezirksvertretung 6 folgende Empfehlung:

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, Planungen zum Abbruch der Bestandsgebäude auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29-31, 50769 Köln-Merkenich, Gemarkung Worringen; Flur 89; Flurstücke 524 und 805, sowie Planungen zu einer Neubebauung im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf diesem Grundstück aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Bodengutachten, Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Planungskosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung Entwurfsplanung) belaufen sich auf rd. 330.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 330.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 330.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5113, Neubau Causemannstr. 29-31, bereitgestellt.

Beschlussfassung BV 6:

Die Bezirksvertretung Chorweiler beschließt den Abbruch des Gebäudes Causemannstraße 29-31 in Köln-Merkenich.

Es soll eine Planung erfolgen für die Unterbringung von Familien zu 60 % der Wohnfläche sowie 40 % der Wohnfläche für andere Personen.

Zudem soll in der Nähe eine Kita errichtet werden gleichzeitig zum Bau des Gebäudes auf der Causemannstraße 29-31.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

8.4 Anerkennung des Vereins Interkultur e.V. als Interkulturelles Zentrum nach den Richtlinien zur Förderung Interkultureller Zentren in der Stadt Köln vom 27.10.2007 2494/2017

IRM Herr Litvinov möchte wissen, ob entsprechend der Richtlinie von 2007 auch adäquate Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit antwortet, dass jeder Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum auch dahin gehend geprüft werde, ob adäquate Räumlichkeiten vorhanden seien. Jedes Zentrum werde im Rahmen der Prüfung besucht. Bei dem Antragsteller handele es sich um einen anerkannten Jugendhilfeträger. Zur Abgrenzung Jugendhilfeträger / Interkulturelles Zentrum mache die Vorlage Aussagen.

RM Herr Joisten fragt, ob die Eintragung bei Finanzplan „Fehlbetrag von 9.400 €“ der Betrag sei, den die Einrichtung als Zuschuss benötige.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit teilt mit, dass die Finanzkraft des Trägers überprüft werde. Eine Anerkennung erfolge nur dann, wenn der Fehlbetrag nicht so hoch sei, dass dieser vom Zentrum selbst nicht überwunden werden könne. Die angegebene Höhe sei nicht problematisch.

IRM Herr Litvinov fragt, ob die im Wochenplan angegebene Beratung für Geflüchtete mit 2 Std./Woche für eine Anerkennung ausreichend sei.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit erklärt, dass die Angebote sich nicht nur an die Zielgruppe der Geflüchteten richten müssten. Angebote könnten auch für Personen mit und auch ohne Zuwanderungsgeschichte gemacht werden.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt – vorbehaltlich eines positiven Votums des Integrationsrates - die Anerkennung des Vereins Interkultur e.V., Glücksburgstr. 17, 52065 Köln als Interkulturelles Zentrum im Sinne der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren gemäß Ratsbeschluss vom 27.10.2007.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung.

8.5 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung 1708/2017

IRM Herr Litvinov fragt, was mit dem Gebäude passiere, wenn keine Beschlussfassung erfolge.

RM Herr Erkelenz erkundigt sich, ob die Anwohner*innen des Gebäudes bereits über die Pläne informiert seien und wo sie zwischenzeitlich untergebracht würden.

Die Verwaltung Frau Adams teilt mit, dass die Bewohner*innen noch nicht informiert seien. Die Verwaltung stelle planerische Überlegungen hinsichtlich der künftigen Nut-

zung des Gebäudes an und werde der Politik nach Abschluss ihre Vorschläge darlegen. Mit dieser Vorlage solle vor allem die Unwirtschaftlichkeit der aktuellen Unterkunft dargestellt werden.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Rat beschließt, die weitere Planung zur Sanierung von 15 Häusern auf dem städtischen Grundstück Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch, Gemarkung Longerich, Flur 7, Flurstück 513, einzustellen.

Die Gesamtkosten bisheriger Planungen beliefen sich auf 175.031,86 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

**8.6 Verteilung verbleibender Mittel zur Förderung Interkultureller Zentren in 2017
2492/2017**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verwendung der noch nicht verfügbaren Haushaltsmittel 2017 in Höhe von 6.000 € wie folgt:

- das Alevitische Kulturzentrum Porz e.V. wird in die regelmäßige Förderung als kleines Interkulturelles Zentrum mit 4.000 € / Jahr aufgenommen;
- mit den verbleibenden Restmitteln in Höhe von 2000 € wird in 2017 erneut das Interkulturelle Zentrum des Runden Tisches Buchforst unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

**8.7 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung
4096/2016**

RM Herr Joisten erkundigt sich, ob die Stadt schon immer Eigentümerin der in Rede stehenden Fläche gewesen sei oder ob das Grundstück explizit zur Flüchtlingsunterbringung angekauft wurde.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung der Nachfrage zu.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, die weitere Planung zur Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald, Gemarkung Dünnwald, Flur 55, Flur-

stück 58,
einzustellen.

Die Gesamtkosten bisheriger Planungen beliefen sich auf 130.691,19 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

8.8 Beratung über den Entwurf der Haushaltssatzung für 2018 einschließlich der Finanzplanung bis 2021 und der sonstigen Anlagen 2463/2017

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis erläutert, dass die stimmberechtigten Integrationsratsmitglieder sich zur Vorbereitung der Beschlussvorlage eine CD-ROM oder ein gedrucktes Exemplar des Haushaltsplans in der Kämmerei abholen konnten.

IRM Herr Bayrakcioglu fragt, ob die Dokumente auch im Internet zu finden seien.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau verneint dies.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis ergänzt, dass man nochmals die aktuellen Bedarfe anhand des Maßnahmenprogramms abgleichen sollte.

RM Herr Joisten schlägt für zukünftige Vorlagen dieser Art vor, den gewählten Mitgliedern des Integrationsrats eine Art Fortbildungsangebot zu machen, damit diesen das Lesen des Haushaltsplanentwurfs erleichtert werde.

RM Frau Heuser schlägt zur Vereinfachung vor, die relevanten Auszüge des Integrationsbudgets betreffend an die Mitglieder zu versenden.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau antwortet, dass dies schwierig sei, da nicht nur das Integrationsbudget Relevanz für den Integrationsrat habe, sondern in vielen Haushaltsstellen Beträge die Integration betreffend hinterlegt seien. Ein Auszug sei somit nicht ohne weiteres zu erstellen. Er bedankt sich bei Herrn Joisten für den Verbesserungsvorschlag. Die Verwaltung werde sich um eine vereinfachte Verfügbarkeit sowie Handhabbarkeit des Haushaltsplan-Entwurfs bemühen.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich der Finanzplanung bis 2021 sowie der sonstigen Anlagen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

8.9 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf" 2481/2017

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 2,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021 ff. in Höhe von 2,9 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

8.10 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk" 2488/2017

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

4. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ (siehe Anlage 1).
Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
5. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 3,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 2,4 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
 - D) mit der Umsetzung der Maßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
 - E) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
 - F) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

**8.11 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017
1422/2017**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt hinsichtlich der überarbeiteten Zielsetzung im „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“:

- Die weitere Förderung der Anschlussteilnahme des „Sozialen Zentrum Lino-Club e.V.“ am „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ ab 2017 bis 2020 in Höhe von 10.000 € p.a..
- Das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler (Stadtteilzentrum Lindweiler) ist Bestandteil in der Planung der Kommune zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung (s. Integriertes Handlungskonzept (IHK) Lindweiler / Ratsbeschluss (2404/2014) vom 16.12.2014

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen ohne Enthaltungen.

**8.12 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
2422/2017**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Rat beschließt,

einen Betrag in Höhe von 1.000 € an das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung, vertreten durch Caritasverband der Stadt Köln e.V./Antidiskriminierungsbüro, für ein Coaching der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen im Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung

zu vergeben.

Es handelt sich dabei um Teilbeträge aus den verbliebenen Mitteln für 2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferleistungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

RM Herr Erkelenz bedankt sich für die Erstellung des Flyers zur Bundestagswahl. Er erkundigt sich, ob diese Flyer nicht nur an Moschee-Gemeinden, sondern z. B. auch syrisch-orthodoxe oder afrikanische Gemeinden, versandt werde.

Die Verwaltung Herr Vetter antwortet, dass neben den Moschee-Gemeinden sämtliche Interkulturellen Zentren Flyer zur Verteilung erhalten hätten. Er bittet um Meldung, falls eines der Mitglieder noch Stellen kenne, die mit Flyer ausgestattet werden sollten.

IRM Herr Bayrakcioglu kündigt an, Adresse zusenden zu wollen.

IRM Herr Abeke teilt mit, dass er bereits mit der Verteilung der Flyer begonnen habe.

IRM Herr Ayata bittet um Information, ob Lehrer oder das Schulamt Kinder bestimmten Klassen zuweisen. Er habe Kenntnis von Flüchtlingskindern, die trotz entsprechendem Alter und vorhandenen Deutsch-Kenntnissen nicht die 10. Klasse oder die 8. Klasse besuchten.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit erläutert, dass das Schulamt aufgrund der durchgeführten Beratung im Kommunalen Integrationszentrum und des ausgefüllten Beratungsbogens die Kinder den jeweiligen Vorbereitungsklassen zuweise. Diese Vorbereitungsklassen gebe es an allen Kölner Schulformen und sie seien noch nicht einer bestimmten Klassenstufe zugeordnet. Im Vordergrund stehe die Deutschförderung, nicht das Alter. Einzige Ausnahme sei, dass unter Zehnjährige den Grundschulen zugeordnet würden und Sechzehnjährige bzw. ältere Schüler*innen nicht dem Sek.-I.-Bereich, sondern den Berufskollegs.

IRM Herr Ayata ergänzt, dass die beiden betroffenen Kinder sehr gute Deutschkenntnisse besäßen und auch in den anderen Fächern gute Noten hätten. Trotzdem müssten sie in die 8. Klasse einer Gesamtschule gehen und hätten keine Gymnasialempfehlung für den Regelunterricht erhalten.

Die Verwaltung Frau Kremer-Buttkereit ergänzt, dass der Wechsel von einer Vorbereitungsklasse in das Regelsystem über einen Beschluss der Schulkonferenz laufe, bei der die Leistungsstärke maßgeblich sei. Das Kommunale Integrationszentrum oder das Schulamt hätten hierauf keinen Einfluss mehr. Auch auf einer Gesamtschule könne aber auch das Abitur erworben werden.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis bedankt sich und schließt die Sitzung.